

## **Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern**

Digitale Transformation bedeutet viel mehr als nur eine technologische Entwicklung. Es handelt sich dabei um einen gesellschaftlichen Megatrend, der einen weitreichenden sozialen, ökonomischen, politischen und technologischen Wandel antreibt. Im Moment bestehen noch viele Unsicherheiten, und die Diskussion ist durch unterschiedliche Szenarien geprägt. Die zunehmende Durchdringung der digitalen Technologien beeinflusst neben der Arbeitswelt auch das gesellschaftliche und soziale Leben der Menschen. Es wird ein nachhaltiger Strukturwandel erwartet, der kaum einen Bereich des öffentlichen und privaten Lebens unberührt lassen wird. Die technologische Entwicklung legt nahe, dass die Produktivität gesteigert werden kann und dadurch Effizienzgewinne resultieren. Insbesondere die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung, ein flächendeckender Internetzugang und eine gute Infrastruktur für den Datenverkehr werden als entscheidende wirtschaftliche Erfolgsfaktoren genannt<sup>1</sup>. Mit dieser Entwicklung einhergehend werden Fragen des Datenschutzes und der persönlichen Freiheit des/der Einzelnen neu diskutiert und verhandelt werden müssen. Die Stadt Bern wird im Rahmen ihres Service Public Auftrags neue Aufgaben zu übernehmen haben, um einen chancengleichen Zugang aller Bürger/innen zu digitalen Infrastrukturen aber auch zur gesellschaftlichen Teilhabe gewährleisten zu können. Die öffentliche Hand wird vermehrt Anreize zur Investitionsbereitschaft schaffen und digitale Innovation fördern müssen. Zudem gilt es bei städtischen Dienstleistungen und im politischen Prozess zu berücksichtigen, dass ein Teil der Bevölkerung nicht smart unterwegs ist.

Unternehmen aber auch Arbeitnehmende werden ortsunabhängiger und global tätig sein, was eine neue Finanz- und Steuerpolitik bedingt. Neuen Arbeitsformen (z.B. Crowdfunding, Freelancer/innen) führen zu einer grösseren wirtschaftlichen Instabilität. Insbesondere im Rahmen des Übergangs kann die digitale Transformation neben Fachkräftemangel zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit führen insbesondere bei weniger qualifizierten und älteren Arbeitskräften, aber auch bei Arbeitnehmenden, die in der Sachbearbeitung oder Verwaltung tätig sind. Ein Szenarium geht davon aus, dass eine grosse Masse von Arbeitslosen und prekariert Beschäftigten einer Elite von hochqualifizierten Digitalisierungsspezialist/innen gegenüberstehen wird. Diese Spaltung der Gesellschaft bietet soziale Sprengkraft und wird die Stadt Bern vor ganz neue Herausforderungen stellen. Zudem dürfte diese Entwicklung erhöhte Sozialausgaben nach sich ziehen.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, aufzuzeigen bzw. zu prüfen:

1. Auf welchen Szenarien der Gemeinderat seine mittel- und langfristige Planung aufbaut und wie hoch nach dem gewählten Szenarium der Bevölkerungsanteil ist, der von negativen Folgen der digitalen Transformation betroffen sein könnte.
2. Welche sozial- und finanz-/steuerpolitische sowie gesellschaftliche Konsequenzen dies für die Stadt Bern bedeuten wird.
3. Welche Auswirkungen das vermutete soziale Auseinanderdriften der Bevölkerung auf die Stadt Bern haben wird und welche politischen Konsequenzen daraus gezogen werden müssen.
4. Welche Infrastrukturmassnahmen ergriffen werden müssen, um allen Bürger/innen der Stadt Bern einen chancengleichen Zugang zu Digitalisierungsinfrastrukturen zu garantieren und wie die Stadt Bern mit der Tatsache umgehen wird, dass nicht alle Bürger/innen smart unterwegs sein werden.

Bern, 12. September 2019

---

<sup>1</sup> siehe dazu die Empfehlungen des Rats für Raumordnung.

*Erstunterzeichnende: Bernadette Häfliger*

*Mitunterzeichnende:* Bettina Stüssi, Szabolcs Mihalyi, Timur Akçasayar, Laura Binz, Ayse Turgul, Edith Siegenthaler, Fuat Köçer, Johannes Wartenweiler, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Lisa Witzig, Peter Marbet, Katharina Altas, Yasemin Cevik, Nora Krummen, Michael Sutter, Lena Sorg

**Antrag des Gemeinderats**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 26. Februar 2020

Der Gemeinderat